

PRESSEINFORMATION

DIVSI und Allensbach präsentieren aktuelle Umfrage: Freiheit versus Regulierung im Internet

Bundesbürger fordern mehrheitlich staatliche Regeln und mehr Kontrolle des Internets

Berlin, 3. Dezember – Trotz der aktuellen Ausspäh-Skandale verbinden die Menschen mit dem Internet vor allem Vorteile. 79 Prozent der Nutzer heben den bequemen, zeitunabhängigen Zugang zu Informationen hervor und 76 Prozent, dass die meisten Informationen kostenlos zur Verfügung stehen. Gut jeder Zweite (55 Prozent) schätzt besonders, über das Internet Kontakte knüpfen und pflegen zu können. Das geht aus der bevölkerungsrepräsentativen DIVSI-Studie „Freiheit versus Regulierung im Internet“ hervor, die das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) durchgeführt hat. Befragt wurden 1.487 Personen ab 16 Jahren.

Mehr staatliche Regulierung und Kontrolle von Internet-Inhalten

61 Prozent der Bevölkerung fordern staatliche Regeln. Sie sehen den Staat in der Pflicht, für die Anbieter von Internet-Seiten Regeln vorzugeben und auch auf deren Einhaltung zu achten. 19 Prozent halten dies nicht für die Aufgabe des Staates; 20 Prozent sind in dieser Hinsicht unentschieden.

Konkret findet es die Mehrheit (57 Prozent der Bevölkerung, 54 Prozent der Nutzer) notwendig, die Inhalte von Internet-Seiten stärker zu kontrollieren und unter Umständen auch zu verbieten. Dies sei Aufgabe des Staates oder anderer Stellen. 27 Prozent der Bevölkerung (32 Prozent der Onliner) lehnen das ab. Jeder sei selbst dafür verantwortlich, welche Angebote und Seiten er im Internet nutzt.

Matthias Kammer, Direktor DIVSI: „Die Menschen weisen dem Staat auch im digitalen Lebensraum eine Rolle als beschützendes Organ zu. Die Ergebnisse der Studie belegen dies deutlich. Der Nutzer will nicht allein gelassen werden. Sein Wunsch nach Leitplanken im digitalen Leben ist ernst zu nehmen.“

Skeptisch sind viele Internet-Nutzer, ob und wie weit eine Kontrolle und Überwachung des Netzes überhaupt realisierbar ist. 49 Prozent äußern ausdrückliche Zweifel, 37 Prozent halten das für möglich. Die übrigen trauen sich kein Urteil zu. Weitgehende Einigkeit besteht über die Notwendigkeit länderübergreifender Regelungen. Vorschriften und Maßnahmen könnten nur dann effektiv sein, wenn sie nicht ausschließlich nationalstaatlich ausgerichtet sind: Das jedenfalls meinen 72 Prozent.

Missverhältnis zwischen empfundenen Bedrohungen und negativen Erfahrungen

Neben dem Wunsch nach stärkeren Kontrollen besteht zugleich die Sorge, dass die Freiheit im Netz gefährdet sein könnte. Als Gefahrenquelle werden hier vor allem Unternehmen genannt, weil etwa Anbieter von Suchmaschinen oder Online-Shops nicht mehr alle, sondern überwiegend auf das jeweilige Nutzerprofil zugeschnittene Inhalte anzeigen. Zwei Drittel der Onliner sehen hier eine massive Bedrohung. Rund 50 Prozent der Nutzer glauben, die Freiheit im Netz könnte durch den Staat bedroht sein – beispielsweise durch die Überwachung des Verhaltens der Bürger im Internet.

Als größte Gefahr wird gesehen, dass der eigene Rechner beim Surfen im Netz mit Viren infiziert werden könnte (72 Prozent). 57 Prozent befürchten, ihre Aktivitäten könnten relativ leicht überwacht werden. 55 Prozent haben Sorge, dass sich andere Personen unerlaubt Zugang zu ihrem Computer verschaffen. Jeweils jeder Zweite fürchtet, Betrüger könnten mithilfe gefälschter E-Mails oder Web-Seiten versuchen, an persönliche Informationen zu kommen und sie für eigene Zwecke missbrauchen. Vergleichsweise gering sind hingegen die Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Informationen im Internet. 28 Prozent der Nutzer befürchten, diese könnten nicht stimmen.

Im Hinblick auf bereits erlebte persönliche Negativ-Erfahrungen steht der Befall des Computers mit Viren an der Spitze (48 Prozent), gefolgt von einer Flut an Spam-E-Mails (44 Prozent).

„Die Einschätzung der Gefahren im Netz und die persönlichen Erfahrungen fallen teilweise weit auseinander“, sagt Allensbach-Geschäftsführerin Prof. Dr. Renate Köcher. „So wurden beispielsweise bisher drei Prozent der Internet-Nutzer Opfer eines Missbrauchs von Kreditkartennummern oder Bankverbindungen. Dass es dazu kommen könnte, gehört dagegen mit 50 Prozent zu den am häufigsten geäußerten Sorgen.“

Mehrheit traut sich Einschätzung der Risiken im Internet zu. Aber: Erhebliche Unkenntnis in konkreten Situationen

Fast zwei Drittel der Internet-Nutzer halten sich für befähigt, generell gut einschätzen zu können, welche Gefahren und Risiken ihnen im Internet drohen. Deswegen wollen sie sich völlig frei und ohne Einschränkungen im Netz bewegen dürfen. 40 Prozent aus dieser Gruppe schränken allerdings ein, mögliche Risiken nur „einigermaßen“ beurteilen zu können. Die übrigen 24 Prozent dagegen fühlen sich in ihrem Urteilsvermögen vollkommen sicher. Onliner antworten in diesem Punkt umso zuversichtlicher, je größer ihre Nutzungsintensität oder ihr Nutzungsspektrum ist. Dies zeigt sich bei der Betrachtung der einzelnen Nutzergruppen.

Dennoch bestehen vor allem im Zusammenhang mit persönlichen Daten und Angaben in vielen konkreten Bereichen erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der Risiken im Netz. 78 Prozent der Nutzer können nur schwer oder gar nicht einschätzen, wofür ihre in Suchmaschinen eingegebenen Begriffe verwendet werden. Jeweils über 80 Prozent trauen sich nur eingeschränkt oder gar kein Urteil darüber zu, was mit ihren persönlichen Daten in sozialen Netzwerken und Online-Shops passiert.

78 Prozent der Bevölkerung und 84 Prozent der Onliner glauben, viele Nutzer würden im Internet zu sorglos mit persönlichen Daten umgehen und zu viel von sich preisgeben. In vollkommenem Kontrast dazu steht die Einschätzung des eigenen Verhaltens. So meint lediglich gut jeder Fünfte, er selbst handele zu sorglos.

Für Rückfragen:

Joachim Haack, c/o PubliKom,
Tel. 040/39 92 72-0
E-Mail: jhaack@publikom.com oder presse@divsi.de
www.divsi.de